

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußfasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Gründung einer sozialen Bau-gesellschaft in Berlin.

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir aus Berlin die Mitteilung, daß dort am 15. Oktober die Gründung einer sozialen Baugesellschaft beschlossen worden ist und daß die Gründung am 18. Oktober beim Notar tatsächlich stattgefunden hat. Die Gesellschaft tritt mit einem Stammkapital von 1 Million Mark ins Leben, das die Siedlungsgesellschaft „Märkische Heimstätte“ zur Verfügung stellt. Damit ist der erste große Schritt zur Verwirklichung des Planes von Stadtbaurat Dr. Wagner getan. Wir begrüßen die Gründung lebhaft und hoffen, daß dem ersten Schritt bald weitere Schritte folgen werden. Den Gesellschaftsvertrag der sozialen Baugesellschaft, die den Namen „Bauhütte“ führt, werden wir in nächster Nummer des „Grundstein“ veröffentlichen.

Zum Wiederaufbau.

Neben dem Beginn, den Umfang und über die notwendigen Vorbereitungen des Wiederaufbaues in Nordfrankreich und Belgien sind vielfach in der Presse und aus interessierten Berufskreisen Vorschläge gemacht worden, die davon zeugen, daß diese Kreise von den tatsächlichen Verhältnissen und den zu überwindenden Schwierigkeiten nicht genügend unterrichtet waren. Jetzt werden die Verhältnisse durchsichtiger. Hierzu wird auch der Bericht in der vorigen Nummer des „Grundstein“ über die Vereingung eines Teiles des zerstörten Gebietes in Frankreich durch eine Sachverständigenkommission beigetragen haben.

Um die Möglichkeiten richtig zu werten, muß man von der tatsächlichen Beschaffenheit der zerstörten Gebiete ausgehen. Die meisten Orte sind 60, 80 und sehr oft auf 100 pSt. zerstört. Auf den zukünftigen Baustätten lagern die Schuttmassen, an deren Beseitigung nur in wenigen Fällen bisher gearbeitet werden konnte. Die Werke in den Kampfzonen sind noch nicht aufgeräumt. Die Eindeutung der Schuttgruben, die Beseitigung der Unterstände und Dachstuhlruine ist hier und dort begonnen, und die Reinigung der früher so feindseligen Wasserläufe von allen möglichen Kriegsmaterialien ist erst in ganz wenigen Gebieten angefangen und nur in einzelnen Bezirken ist sie so weit gediehen, daß in diesem Jahr ein Teil des Landes bebaut werden konnte. Straßen, Bahnen, Kanäle, Schleusen und Weiden sind noch nicht wieder vollständig hergestellt. Wohl hat Frankreich auf die Wiederherstellung der Verkehrs- und Transportmittel zuerst Bedacht genommen und auch erhebliches in Straßen-, Brücken- und Bahnbau geleistet, so daß auf dem wichtigsten Gebiet für den Wiederaufbau: der Transportmöglichkeiten, mancherlei getan ist.

Das Nächstliegende ist nun, diese Arbeiten fortzusetzen und die Aufräumungsarbeiten der wertvollsten Bänder, der zerstörten Dörfer, der Bergwerke und Fabrikanlagen zu beginnen, ferner Ziegeleien zu errichten und andere Baumaterialien, wie Kalk, Kies und Sand, bereitzustellen. Diese Stoffe befinden sich in ausreichendem Maße im Lande, teils ganz in der Nähe der zerstörten Orte, und sonst sind sie auf dem umfangreichen Wasserstraßennetz oder mittels Bahn heranzuführen.

Zu all diesen Vorbereitungen für den eigentlichen Aufbau bedarf es aber vor allem anderer großer Mengen fremder Arbeiter. Bevor aber an die Arbeiter das Gehilfen gerichtet werden kann, sich für die Aufbauarbeiten bereitzustellen, müssen die persönlichen Bedürfnisse der Arbeiter, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die sozialen und kulturellen Ansprüche sichergestellt sein. Allen voran aber muß gehen, daß Frankreich bereit ist, Deutschland unter

folchen Bedingungen Arbeiten zu übertragen, daß die deutsche Regierung den deutschen Wiederaufbauarbeitern persönliche Freiheit und Sicherheit und ein unerschütterliches Mindestmaß moralischer, materieller, sozialer und kultureller Bedingungen sicherstellen kann.

Auch hier ist nun eine gewisse Klärung festzustellen. Soweit diese Bedingungen der Zustimmung der französischen Regierung bedürfen, werden sie in dem Umfang erreichbar sein, als das französische Staatsinteresse es zuläßt und soweit die materiellen Bedingungen —, wie Löhne usw. —, der französischen Unternehmerpolitik nicht bedenklich erscheinen.

Andererseits darf als sicher angenommen werden, daß der deutschen Regierung bedeutende Teile des zerstörten Gebietes zur Aufräumung und zum Wiederaufbau überlassen werden und daß auch das Verlangen erfüllt wird, daß die deutsche Regierung Generalunternehmerin wird. Damit ist die Garantie gegeben, daß die deutschen Bauarbeiterorganisationen mit der deutschen Regierung tarifliche Vereinbarungen treffen können über Löhne, Arbeitszeit, Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung, Urlaub, Gesundheitspflege, Unterhaltungs- und Bildungsmöglichkeiten, ärztliche und Lazarettbehandlung bei Krankheit und Unfällen, daß niemand gegen seinen Willen zur Arbeit gezwungen und deshalb zurückgehalten werden kann, und über sonstige Bedingungen, die in diesem besonderen Falle die Interessen der Bauarbeiter sicherstellen.

Zur Einhaltung dieser Bedingungen muß die Regierung jeden verpflichtet, der Ausführungen von Arbeiten übernimmt, sei es das Reich, wenn es in Regie bauen sollte, oder Arbeiterproduktivgenossenschaften oder Privatunternehmer. — Die tatsächlichen Baumöglichkeiten liegen im allgemeinen wie folgt:

1. Aufräumungsarbeiten der wertvollsten Bänder, Dörfer, Fabriken und industrieller Werke, Verbesserung der Transportmöglichkeiten und Produktion sowie Bereitstellung von Baumaterialien, soweit sie im Lande vorhanden sind. Eisenkonstruktionen, Maschinen, Holz, Glas und vieles andere werden zumeist aus andern Ländern bezogen werden müssen.

Diese Vorarbeiten werden im Jahre 1920 zu erledigen sein. Wogu noch die Ausbesserung nicht völlig zerstörter Häuser und Errichtung von Baracken für die Einwohner kommen dürfte.

2. Dagegen ist beabsichtigt, die Restauration der Bergwerke im Gebiet Douai-Vens sofort in Angriff zu nehmen. Auch hier ist mit der Aufräumung zu beginnen. Daneben sind die ganz oder teilweise zerstörten Schächte wieder herzustellen oder neue niederzubringen, die Baulichkeiten über Tage nebst den Maschinen zu erneuern und daneben für viele tausende Arbeiter Arbeiterwohnungen zu errichten.

Hierbei wird Deutschland helfen müssen und es ist daran lebhaft interessiert, daß der französische Bergbau so bald als möglich wieder betriebsfähig wird.

3. Nach dem bisher Gesagten ist im allgemeinen auf den eigentlichen Aufbau der Städte und Dörfer erst nach der Vorbereitung, das heißt im Jahre 1921, zu rechnen.

Bevor aber deutschen Arbeitern zugemutet werden kann, an den Aufräumungsarbeiten teilzunehmen, müssen die Unternehmungskonzepte und mit Einrichtungen versehen sein, die den berechtigten Ansprüchen der jetzigen Zeit entsprechen. Daneben müssen natürlich auch alle andern Bedingungen erfüllt sein. Da aber die Herstellung solcher Wohnungen erhebliche Zeit in Anspruch nimmt, muß damit begonnen werden, sobald sichergestellt ist, daß Deutschland an der Wiederherstellung beteiligt wird.

Sobald die Verhandlungen mit der französischen Regierung so weit gediehen sind, daß über Tatsachen berichtet werden kann, wird es an dieser Stelle geschehen. Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen lassen hoffen, daß wir zu einem befriedigenden Abschluß gelangen können.

S. Silberstein.

Produktivgenossenschaft deutscher Bauarbeiter?

Wir stehen vor großen Aufgaben. Stürmisch verlangt die Arbeiterschaft die Sozialisierung. Wir wissen aber, daß diese Forderung leichter erhoben als erfüllt ist. Sie läßt sich weder durch Gewalt erzwingen noch durch Gesetze einführen, sondern sie setzt Verhältnisse voraus, die heute in den meisten Industriezweigen noch nicht vorhanden sind. Eine jede Sozialisierung bedingt Steigerung der Produktion bis ins Höchste, also auch eine zweifelhafte Steigerung der Arbeitsleistung, und zwar nicht nur für die Arbeiter, sondern für alle, die arbeitsfähig sind. Denn nur dann hat die Sozialisierung Erfolg, wenn alle sich zu gemeinsamer, intensiver, gesellschaftlicher Arbeit zusammenfinden. Doch das alles ist vorläufig noch Zukunftsmusik. Für uns Bauarbeiter gilt es, im Augenblick praktisch zu denken und praktisch zu handeln, um den mangelhaften Verhältnissen das abzurufen, was nur irgendwie möglich ist, und dem Zug der Zeit doch noch Rechnung zu tragen.

Die Dinge liegen im Baugewerbe augenblicklich ziemlich verwickelt. Arbeitslosigkeit woght man auch blicken mag. Dazu eine Wohnungsnot, die sich beinahe zur Katastrophe ausgewachsen hat. Kaufleute haben keine Wohnung oder haufen in Häusern, gegen die mancher Unterstand drauhen ein Koloss war. Vorderhand ist eine Besserung nicht zu erhoffen, weil fast alle Baupläne fehlen. Aber es kommen auch wieder einmal andere Zeiten, Zeiten, in denen die Bautätigkeit wieder ihre normale Höhe erreichen wird. Wie nutzen wir Bauarbeiter nun die Zeit bis dahin? Wie werden wir dem Sozialisierungsstreben gerecht, das sich unter unsern Kollegen ebenso bemerkbar macht wie in andern Berufen?

Der Wagner'sche Plan ist, abgesehen von einzelnen Mängeln, sicher gut und glänzend durchdacht, aber wird er im Augenblick schon überall durchführbar sein? Ich möchte hier einen neuen Plan entwerfen, einen Plan, der meines Erachtens leichter ausführbar sein wird, als der vorgenannte. Während der Plante im Baugewerbe kann er gründlich geklärt und diskutiert werden, um nachher, wenn wieder gebaut wird, in die Wirklichkeit umgewandelt zu werden.

Es wird endlich Zeit, daß man sich innerhalb der organisierten Bauarbeiterschaft ernsthaft mit der Frage der Produktivgenossenschaften befaßt. Unter gewissen Voraussetzungen sind sie wohl so ziemlich das einzige Mittel, der einzige, im Augenblick gangbare Weg praktischer Sozialisierungsarbeit im Baugewerbe. Warum wohl? Nun, weil unsere Hoffnungen, die wir auf kommunale Regierarbeiten gesetzt hatten, zu Wasser geworden sind. Dem Kenner der Verhältnisse war es weiter keine Überraschung; denn der wußte, der kannte den Hafen, woran diese Hoffnungen scheitern mußte. Regierarbeiten waren stets Gewinner der betreffenden Ausführungen, und es werden es noch so lange bleiben, solange nicht bei solchen Arbeiten an die Stelle des Egoismus der Idealismus getreten ist. Wahr ist, daß alle Regierarbeiten bisher mit einem Kostenaufwand ausgeführt worden sind, der in keinem Verhältnis zu gleichartigen Arbeiten stand, die an Stelle des Staates oder der Kommunen Privatunternehmer ausgeführt haben. Solange also, auf Wunsch gesagt, der Arbeiter, wenn er unter der Vormachtigkeit des Privatunternehmers steht, mehr arbeitet, als wenn er für Staat oder Gemeinde, also für die Allgemeinheit, Arbeit tut, wird an eine größere Ausführung solcher Regierarbeiten niemals zu denken sein. Schon diese Schlussfolgerung die jedenfalls nicht zu bestreiten ist, müßte in uns den Gedanken der Produktivgenossenschaft zum Reifem bringen. Würden wir aber wirklich zur Gründung schreiten, ich glaube, die Kommunen würden uns gern und freudig ihre Arbeiten autommen lassen, schon um die

lospfeiligen Regiearbeiten los zu werden. Sie würden es freudig begrüßen, ihre Aufträge in Händen von Unternehmern zu wissen, die Gewähr für gute und preiswerte Ausführung böten. Und die Kommunen haben in der Zukunft wirklich große Aufgaben zu lösen. Man glaube doch nicht, daß sich die Wohnungsfrage noch jemals durch das „Baupfandamentum“ lösen lassen wird. Dieser Wahn wird zweifellos irtig sein. Das kann und darf nur Aufgabe der Gemeinden sein. Das Problem wird auch nicht mehr durch die Herstellung von vielstöckigen Mietslokalen zu lösen sein, sondern in der Hauptsache durch die Herstellung von Flachbauten. Wäre hier nicht gerade ein ideales Arbeitsfeld für die Genossenschaft? Da brauche man nicht allzu viel angewandten zur Anschaffung von Geräten und Geräten, und man könnte schon hier die Allgemeinheit segnen, was man ohne Unternehmer leisten kann.

Ich denke bei dieser Gelegenheit auch an all die verschiedenen Gewerkschaften- und -genossenschaften. Viele von ihnen würden sicherlich unsere Gründungen begrüßen und würden eher uns, als die Privatunternehmer mit Aufträgen beehren. Auch bei ihnen kommen fast durchweg Flachbauten in Frage. Aber wir wollen nicht allein Hochbauten ausführen, sondern auch andere Arbeiten, wollen womöglich für alle Berufsgruppen unseres Verbandes Arbeit schaffen. Die ganze lange Reihe der Tiefbauten, Bahn- und Straßenbauten, Regulierungsarbeiten und Erdbewegungen, sie alle könnten uns ein riesiges Arbeitsfeld erschließen. Die dazu benötigten Maschinen und Transportmittel müßten vorherhand gemietet werden; falls es sich um Staatsarbeiten handeln sollte, könnte der Staat sie selber stellen. Doch das würde sich aus der Praxis schon von selbst ergeben.

Nun zum Aufbau der Genossenschaft! Um schon gleich von vornherein eine gewisse Planmäßigkeit zu erzielen, müßte die Gründung vom Verbandsausgange ausgehen. Die „Produktionsgenossenschaft deutscher Bauarbeiter“ müßte so aufgebaut werden wie der Verband selber. Wie er sich gliedert in Zentrale, Bezirke und Vereine, so müßte auch die Genossenschaft sich gliedern. Die Leitung des Verbandes wäre demnach auch zu gleicher Zeit Leitung der Genossenschaft usw. Die Verwaltung würde vereinfacht und billiger sein, als wenn sich in jedem Orte aus Kostengründen heraus Genossenschaften bilden würden, ohne äußeren und inneren Zusammenhang. Jede von ihnen würde einen großen Apparat erfordern, der vielleicht zur Tätigkeit in gar keinem Verhältnis stehen würde. Außerdem würden Gelder hierzu gebraucht werden, die man besser anderweitig im Interesse der Allgemeinheit verwenden könnte. Denn Gelder sparen, sie im Interesse der Gesamtheit auf diese oder jene Art verwenden, das soll doch gerade der Hauptzweck sein. In die Leitungen der Zentrale, Bezirke und Vereine müßten allerdings noch Bedarf noch geeignete Kollegen hineingewählt werden, entsprechend der Größe und der Aufgabe der Genossenschaften, um die laufenden Arbeiten mit zu erledigen. Auf jeden Fall würde aber auf diese Art der Gründung ein planmäßiger Aufbau und Ausbau erzielt werden können, der sowohl im Interesse des Verbandes als auch in dem der Gesamtheit läge. Aber auch noch andere, größere Vorteile würde eine solche planmäßige Gründung unter der

Leitung des Verbandes haben. Es würde nämlich etwas geschaffen, was nach außen hin ohne weiteres Ansehen, Gewicht und Garantie verleihen würde. Man würde dem Ganzen mehr Vertrauen entgegenbringen, als einer Genossenschaft, die von einer Handvoll Kollegen gegründet wurde und sich schließlich doch nur mit Kleinarbeiten beschäftigen könnte. Das alte Wort würde auch hier wieder Geltung bekommen, was überall in der Arbeiterbewegung: „Vereinigt sind wir nichts, vereinzelt sind wir alles.“

Nun zur Finanzierung! Wenn auch die Finanzkraft unseres Verbandes augenblicklich etwas geschwächt ist, so sehe ich doch nicht ein, weshalb er sich nicht mit einer bestimmten Summe betätigen sollte. Die Summe brauchte durchaus nicht allzu hoch zu sein, sondern könnte der augenblicklichen Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Und die Gelder wären ja auch niemals verloren, da sie nur teilweise hergegeben werden, im Notfall also jederzeit wieder verfügbar wären. Wir brauchen in der Zukunft nicht allzu besorgt zu sein um Lohnkämpfe, wie wir sie früher hatten. Wohl kann es und zu noch einmal eine Lohnbewegung nötig sein, vielleicht auch Arbeitsstreik, aber bei weiterer stetiger Entwicklung unseres Bewusstseins wird die Streikfrage mehr und mehr schwinden. Und gerade unsere Genossenschaft wird, wenn sie größeren Umfang annehmen wird, der beste Garant gegen größere Lohnbewegungen im Baugewerbe sein.

Der Geschäftsbau teil müßte 100 betragen und in bestimmten Raten eingezahlt werden. Die Hoffsumme wäre dann ebenfalls 100, so daß jeder Genosse nur mit einem Risiko von 200 verpflichtet wäre. Genosse könnte jeder organisierte Bauarbeiter werden. Aber nicht nur solche, die in untern Verbänden waren, sondern auch organisierte Zimmerer, Tischler, Maler, Glaser, Dachbedeker. Sie alle wollen wir erschaffen, und warum? Nun, weil wir uns nicht nur mit der teilweise, sondern mit der gänzlichen Fertigstellung von Bauten befassen wollen; aber dazu gehören alle, die nur irgendwie am Bau zu tun haben. Und in diesem Sinne denke ich mir die Genossenschaft als Erziehungs- und Einheitsorganisation im Baugewerbe. Wohl alle Bauarbeiter erstehen in ihrer übergroßen Mehrheit dieses Ziel. Nun, die Produktionsgenossenschaft deutscher Bauarbeiter wird es sein, die uns diesem Ziele näherbringt, dessen bin ich mir bewußt. Sobald sich im Meiste Willen aufstehen würden, bald hier, bald da, je nach Bedarf, würde man erkennen, daß man nur auf dem Wege der Zentralisation erprobte Arbeit, sowohl im Sinne der Genossenschaft wie auch im Sinne der Einheitsorganisation, zu leisten imstande sein wird. Und der Gedanke wird, wenn einmal in Angriff genommen, wenn erst einmal in die Wirklichkeit umgesetzt, sich schnell und sicher verbreiten und durchsetzen, analog der Entwicklung unseres Verbandes.

Zur Kreditfrage würde zu sagen, daß auch hier die Zentralisation dem planlosen Vorgehen vorzuziehen ist. Einem Gesamtunternehmen, das zur Basis den Deutschen Bauarbeiterverband hat, würde man ganz zweifellos eher und besseren Kredit einräumen, als einem Unternehmen, das man bald hier, bald dort gründet, ohne daß irgendwie ein sichtbarer Zusammenhang bestände. Und man verhehle sich nicht: bei großen Arbeiten würden große Kredite nötig sein. Die aber zu beschaffen, würde außer-

ordentlich schwer sein, wenn man nicht einen achtunggebietenden Faktor als Basis haben würde.

Die Anstellung von Architekten, Ingenieuren und Zeichnern würde meines Erachtens nicht allzu schwer sein. Man bedenke nur, daß sich die Verhältnisse durch die Revolution grundlegend geändert haben. Bei Zahlung eines entsprechenden Gehalts würden sich und von ihnen sicher die besten Kräfte zur Verfügung stellen. Sie würden ihr Bestes für die Genossenschaft und damit für die Allgemeinheit hergeben. Ihnen würde die Möglichkeit zwischen einem Privatkapitalisten und uns nicht allzu schwer fallen, besten könnten wir sicher sein. Auch hierbei würde die Zentralisation wieder möglichst in die Erscheinung treten. Würden sich zum Beispiel in Oden, die verhältnismäßig nahe beieinander lagen, Genossenschaften selbstständig gründen, dann wäre ohne Frage jede einzelne von ihnen gezwungen, Kopfarbeiter anzustellen, aber womöglich über ihren eigentlichen Bedarf hinaus. Würde das nicht eine unnötige Vergewendung wertvoller Kräfte sein? Aber nicht nur wertvoller Kräfte, sondern auch unnötiger Unkosten. Und würde es vielleicht die betroffenen Kopfarbeiter auf die Dauer befriedigen, wenn sie ihre Ideen und Pläne nicht voll zur Ausführung bringen könnten, wenn sie ihre Zeit teilweise unproduktiv verbringen sollten? Ich glaube kaum. Hier könnte man Angenommen mit Mühseligem verbinden, indem man den Gedanken der Zentralisation unter der Leitung und Kontrolle des Verbandes zur Durchführung bringt, um so eine zweckmäßige Verteilung der Kräfte vorzunehmen.

Genau so liegt es mit den Gesellen und Arbeitern. Auch hier würde die Zentralisation den Vorteil haben, bei Gebrauch von Arbeitskräften ausgleichend wirken zu können, und riesige Ersparnis an Geldern und Kräften wäre das Ergebnis. Im Laufe der Jahre würde sich vielleicht die Frage der Kopfarbeiter noch anders regeln lassen, vielleicht in der Weise, daß wir uns aus unsern eigenen Reihen jüngere geeignete Kollegen zu ledigen Bauleitern heranzubilden, um so einen Ausgleich in der Gehaltsfrage zu schaffen. Am Ende ist hier die Einheits- schule einmal fruchtbringend. Doch das ist eine Aufgabe, die im Schoße der Zukunft liegt und sich in der Praxis bei gegebener Zeit von selbst regeln wird.

Nun zur Hauptfrage: zur Verwendung des erzielten Ueberflusses. Hier soll gesagt werden, daß die Genossenschaft sich nur in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Abgesehen von der notwendigen Verzinsung der Geschäftsbauanteile und der geliehenen Kapitalien, sollen alle Ueberflüsse restlos in irgendeiner Form der Gesamtheit wieder zugute kommen. Damit wollen wir betonen, daß innerhalb der Genossenschaft nicht mehr der egoismus herrscht, sondern daß der Gemeinnut Gemein- gut der Genossen geworden ist. Wir wollen nicht die Ueberflüsse in unsere eigene Tasche stecken; denn das hieße ja nur, an die Stelle des Einzelkapitalisten eine Vielzahl solcher setzen. Nein, wir wollen die erzielten Ueberflüsse der Allgemeinheit zugute kommen lassen, indem wir Mühlradern machen, Gerüste, Maschinen und Geräte anschaffen. Vielleicht auch, wenn der Grund und Boden nicht schon sozialisiert sein sollte, Ziegelmeln, Zementmehlen, Sägereien, später Sähten- und Malzwerte

Patenterte Hohlwände.

Von Friedr. Gutj, Architekt.

Hohlwände, insbesondere Wände mit einer vertikalen Aufsicht werden schon seit sehr langer Zeit im Bauwesen in Hinblick auf die günstige Wärmedämmung angewendet. In letzter Zeit ist man aber auch noch aus wesentlich anderen Gründen dazu gelangt, Hohlwände zu konstruieren, zum Beispiel um bedeutende Materialersparnisse zu erzielen. Da nun aber naturgemäß die am meisten belasteten, also die stärksten Wände die größten Materialmengen erfordern, so begannen die Konstrukteure darüber nachzudenken, wie man diese belasteten Wände mit einer möglichst geringen Menge von Stein- und Mörtelmaterial herstellen könne, ohne ihre Tragfähigkeit zu verringern. So gelangten sie zu einfachen eisernen Stützkonstruktionen. Andere technische Erfordernisse führten zur Konstruktion von Mauern aus zwei gekuppelten dünnen Wänden, die aus einem ausgemauerten Eisengerippe bestanden, während andere wieder unter Verwendung besonderer Formsteine aus getriebenem Ton, Zement oder Beton errichtet wurden, deren durch den Hohlraum hindurchgehende Jungen (Steg, Querwände) die Verbindung der Außen- und Innenwand bezweckten. Die Konstruktion eines Eisengerippes, das vor allem die Mitwirkung von Schloßern auf der Baustelle verlangt, erfordert einen verhältnismäßig großen Aufwand, so daß hier die Materialersparnis zum größten Teil wieder aufgehoben wird. Die Verwendung von besonderen Formsteinen, die unter Umständen geboten erscheint, erfordert häufig deren Transport auf weitere Entfernungen, da diese Formsteine doch in Spezialfabriken hergestellt werden. Die Schwierigkeit der Arbeit besteht auch für die Maurer darin, das die Steine nicht im Normalformat der gewöhnlichen Ziegelform gefertigt werden, daß also für die verschiedenen Teile der Mauern (Ecken, Eckschlingen, Bögen usw.) besondere Formsteine erforderlich sind, die eine Beschäftigung von Spezialarbeitern voraussetzen. Es ist leicht einzusehen, daß sich selbst vorzüglich konstruierte Hohlmauern, die Winkelsteine und dergleichen verlangen, wegen der un-

ständlichen Mauerarbeit sehr schwer einführen. Im übrigen erfordern natürlich Formsteine auch erheblich höhere Kosten als gewöhnliche Normalziegel.

Durch Einfachheit und Zweckmäßigkeit der Konstruktion empfiehlt sich eine Wandart, die in Budapest patentierte Hohlmauer, die unter weitgehender Materialersparnis aus den allgemein üblichen Ziegeln errichtet wird — unter sparsamer Verwendung von gewöhnlichen Wand- oder Stabziegeln. Mauern aus zwei durch Eisenanker oder durchgehende Ziegel verbundenen Wänden sind zwar schon lange in Gebrauch; aber die Verankerung der beiden Wände ergab keine höhere Tragfähigkeit. Es wurde nur die Summe der Tragfähigkeit der beiden Hohlwände erreicht. Man war auch nicht darauf bedacht, derartige Wände als Trag- oder Stützmauern zu benutzen, weshalb vielmehr an den Stellen, wo größere Belastungen auftraten, Verstärkungen durch Pfeiler oder Balkenmauern an. Wohl stellte keine beiden Wände sogar aus hochfesten in verlängertem Zementmörtel vermaurerten Ziegeln her, die — ebensogut wie vollständig verlegte Steine — sehr mannigfache sichere Verbände gestatten; diese, an und für sich sehr wenig tragfähigen Wände stütz er gegenseitig durch Querrände aus gleichfalls hochfesten gestellten Steinen gegeneinander ab und lag in die Abzweigungen dieser Querrände Fließbleche, die bis an die Stützfläche der beiden Parallelwände hindurchreichen. Dadurch wird eine hohe Festigkeit der ganzen Mauer bei großer Materialersparnis erreicht.

Trotz mannigfacher Schwierigkeiten beginnen sich auch die Hohlmauern aus Formsteinen einzuführen; mannigfache Ausführungen konnte man zum Beispiel auf der Leipziger Internationalen Bauausstellung 1913 sehen. Insbesondere hat das, auch in Deutschland patentierte System von Janssch & Schnell in Wien Beachtung gefunden. Die Steine verwenden Betonformen zur Herstellung ihrer bisher gedachten, Hohlmauern aus diesem Betonmaterial an Ort und Stelle zu stampfen oder zu gießen, oder aus Betonformsteinen zu errichten. Infolge der guten

Wärmeleitung eignen diese Betonmauern an der Innenseite zur Schweißbildung und verhindern infolge der Dichtigkeit des Materials den natürlichen Luftwechsel. Würden aber, um eine besondere Verankerung der Innen- und Außenwand zu erzielen, Formsteine mit Durchlöchern verwendet, so würde der Hohlraum der Wand in lauter schwebelastige Einzelstücke zerlegt, worin die Konstrukteure gleichfalls wegen der unbilligsten Entlastung der Hohlraum einen Uebelstand erblickten. Sowohl im Ort und Stelle gegossenen, wie die aus geschlossenen Formsteinen hergestellten Hohlmauern besitzen ferner den besonderen Vorteil, daß die Querschnitte flache und flachseitig von der Außenwand auf die Innenwand übergehen. Die Erfinder bedachten überhaupt jede engere Verbindung der Außen- und Innenwand, auch nach jene Hohlmauern, deren innere Wandfläche aus einem Gemisch von Sammelzettel, Sägespänen und Zement gebildet wird, um innen eine angenehme und poröse Wandfläche zu erzielen.

Die Hohlmauern nach dem System Janssch & Schnell werden nun darauf aus offenen Formsteinen (Winkelsteinen) hergestellt, daß man für die äußere Wand Steine aus dünnem und festem Kiesbeton, für die innere Wand solche aus porösem, nachgelagertem Zementbeton, Mörtelmaße oder dergleichen herstellt, aber so, daß die Stege, die die beiden Wände verbinden, abweichend aus porösem und dünnem Material bestehen. Man erhält so außen eine wetterfeste, harte und dicke Wand, nach innen jedoch eine poröse, nachgelagerte Wand, die die Diffusion der Luft nicht gegen die Hohlraum gestattet. Eine unmittelbare Verbindung der beiden Wandflächen ist hierbei nicht vorhanden; flache und flachseitig werden nicht unmittelbar nach innen angefügt werden können. Die Mischbildung, die sich infolge der verschiedenen Zusammenpressbarkeit des Materials der Innen- und Außenwand ergeben könnte, wird dadurch verhindert, daß der abweichend aus den Steinen des einen und des anderen Materials gebildete Steg einen Mittelwert zwischen der Widerstandskraft der inneren und äußeren Wand ergibt. Bei dieser Konstruktion hängen auch die Hohlraum infolge der Porosität der Querrände oder Stege

ankaufen und sie in den Dienst der Genossenschaft stellen. Alles, was dazu gehört, um das Baugewerbe langsam, aber sicher unabhängig zu machen von allen ihm anhaftenden Abhängigkeiten, soll von den Leberchiffen erworben werden.

Was dahin ist allerdings noch ein weiter Weg. Aber nähren wir die Zeit. Nun wir das, was im Plan vorgesehen, dann denke ich, hat die Bauarbeiterschaft getan, was in ihren Kräften stand. Zutiefst das nicht, nun, dann wird die Zeit über sie hinwegfließen. Dann wird das Unternehmertum, wenn die Bauzeitigkeit wieder beginnt, erneut Kapital aus unseren Knochen schlagen. Wir können mit solchen Problemen nicht warten, bis auch der letzte Kollege dafür reif ist.

Nach ein letztes Mal rufe ich dem Verbandsvorstand zu: Nimm die Gründung der Genossenschaft auf zentrale Grundlage selber in die Hand! Erwäge sie, wage sie, leite sie und bringe sie unumwunden zur Ausführung und -zerstückelung vor! Wenn auch der Plan nicht so großzügig ist wie der Wagnerische, so hat er doch für sich die leichtere Durchführbarkeit und die Sympathie der Kollegen.

Anmerkung der Redaktion. Der Plan des Kollegen Heimann ist von uns und unserm Verbandsvorstand gleich nach Ausbruch der Revolution eckert worden. Wir haben damals die Gründung örtlicher Produktivgenossenschaften erwogen und auch an ihre zentrale Zusammenfassung und an ihre Finanzierung durch den Verband gedacht.

Die Herstellung von Hohlraumziegelsteinen, bedingt eine größere Aufmerksamkeit hergestellt wird, als sie für die Außenwand Verwendung finden, bedingt eine größere Aufmerksamkeit hergestellt wird, als sie für die Außenwand Verwendung finden.

Meines Erachtens haben alle Konstruktionen, die auf der Verwendung reiner Formsteine, insbesondere der Hohlraumziegelsteine, beruhen, keine Aussicht, eine große Verbreitung zu finden. Konstruktive, die sich dieser wichtigen Aufgabe widmen, werden, auch dann, wenn sie einen neuen Ausweg verwenden wollen, unbedingt vom Normalformat des Hohlraumziegels und dem allgemein bekannten und bewährten Verfahren ausgehen müssen, da jede Abweichung von dem Normenverteil wird, unbedingt zu einer Verzerrung und damit zu einer Verletzung der Arbeit führt, so daß die durch den Hohlraum erzeugten Material-

beginntigen Orten, soweit sie nicht selbst in die Genossenschaften einziehen könnten, erhöhen vermutlich gegen eine beratliche Verwendung der von ihnen zu ganz anderen Zwecken - Streifen, Arbeitslofen, Krankenunterstützung und so weiter - mit ausgebreiteten Gelder Widerspruch. Die Folge könnte sehr leicht ein endloser Streit und die Zerrüttung der Organisation sein.

Wenn der Verband den Genossenschaftsgedanken finanziell fördern will - was wir keineswegs ablehnen -, so kann das wohl zunächst nur auf örtlicher Grundlage geschehen. Wenn sich die Kollegen eines Vereins einig sind, daß sie eine Produktivgenossenschaft gründen und dafür Mittel des Vereins zur Verfügung stellen wollen, so wird ihnen vermutlich der Verbandsvorstand dabei nichts in der Wege legen.

Im übrigen möchten wir hier nur kurz einige Hauptpunkte hervorheben, in denen der Vorschlag des Kollegen Heimann von dem Plane des Stadtbaurats Dr. Wagner abweicht. Beide wollen, daß die Gewerkschaft nicht direkt, wohl aber indirekt - durch die Finanzierung - Mitträger der Produktion sein soll.

Die Kollegen Heimann und von uns unserm Verbandsvorstand gleich nach Ausbruch der Revolution eckert worden. Wir haben damals die Gründung örtlicher Produktivgenossenschaften erwogen und auch an ihre zentrale Zusammenfassung und an ihre Finanzierung durch den Verband gedacht.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und der Achtfundentag im Baugewerbe.

Über den Umfang der Durchführung des Achtfundentages wurde nun im Juni von unserm Verband eine allgemeine Erhebung veranfaßt. Diese Erhebung kam etwas spät. Dadurch mußten, um willkürlichen Schätzungen vorzuziehen, die Zahlen über Betriebe und Beschäftigte vom Erhebungstage genommen werden. Andererseits: würden wir den Monat November zu einer baugewerblichen Statistik nehmen, so ergäbe sich ja ein ganz falsches Bild, da die Berufsarbeit zu jener Zeit in erheblichem Maße ruht.

Die Erhebung erstreckte sich auf 772 Baugebiete (nicht zu verwechseln mit Bezugsgebieten). Der Achtfundentag war durchgeführt in 769 Baugebieten, in denen 12 876 Betriebe mit 286 770 Beschäftigten gestiftet wurden. In 159 Baugebieten mußte die Organisation nachträglich eingreifen. In 45 Baugebieten hatten 180 Betriebe mit 4040 Beschäftigten den Achtfundentag Anfang Juni 1919 noch nicht eingeführt.

Für das Baugewerbe war der Achtfundentag zunächst ohne praktische Bedeutung, da wegen der Lichtverhältnisse von Mitte November bis in den Februar hinein nur in wenigen Fällen die Arbeitszeit länger war. Desto mehr Gewicht mußte darauf gelegt werden, daß auch im Baugewerbe die Lohnumrechnung sofort stattfand.

Table with 4 columns: Datum, Bezugsgebiete, Betriebe, Arbeiter. Rows for dates from Nov 15, 1918 to Dec 31, 1918.

erhaltenen gang aber zum größten Teil wieder aufgehoben werden. Es wird sich daher im wesentlichen darum handeln, die Steinkonstruktionen, mögen sie nun innen und außen aus gleichartigen oder verschiedenartigen Steinen (im Normalformat) bestehen, in zweckmäßiger, bequemer und wirtschaftlicher Weise durch Eisenbeton zu ersetzen, um die Mauerer trotz der Hohlraumziegelsteine, beziehungsweise durch Eisen in die Fugen der Quertiefe ist ebenfalls sehr zweckmäßig, hält den Mauerer wenig auf und erhöht die Tragfähigkeit der Hohlraumziegelsteine sehr bedeutend.

Herstellung rauher Fußbodenplatten aus feurigen Massen.

ATK. Fußbodenplatten sollen sehr hart gebrannt sein, sich wenig abnutzen, aber auch bei häufiger Benutzung im Ausgelenk vermindert wird. Die Härte wird durch Sintern des Zementes im Ofen erreicht. Die meisten gebrannten Platten werden aber gerade infolge des Schmelzens der Masse sehr glatt, insbesondere wenn sie bei häufiger Benutzung durch den an den Fugen liegenden Sand abgerieben werden.

gemünd i. A. wurde ein neues Verfahren patentiert, nach dem der Masse anorganische körnige Stoffe zugegeben werden, die entweder beim Sinterbrand schmelzen oder ihr Volumen stark verringern, so daß in der Platte Hohlräume entstehen, die infolge Aufschlusses durch die feine Schärfe freier und ranten bilden. Diese bieten dem Fuß die Halt und verringern das Ausgleiten. Als Zusatzkörper kommen namentlich vulkanische Gesteine, wie Bimsstein, Feldspat, sowie stark mit Flüssigkeiten durchsetzte und gestörte Tonmassen, die bei der Sintertemperatur stark schrumpfen, in Frage.



Datum	Lohngebiete	Betriebe	Arbeiter
In der 1. Jahreswoche 1919...	88	681	22 192
" 2. " " 1919...	8	76	2 681
" 3. " " 1919...	5	64	1 750
" 4. " " 1919...	2	29	1 817
" 5. " " 1919...	11	59	1 197
" 6. " " 1919...	2	8	83
" 7. " " 1919...	8	65	1 143
" 8. " " 1919...	12	288	3 404
" 9. " " 1919...	17	94	1 564
" 10. " " 1919...	2	6	114
" 11. " " 1919...	13	112	2 127
" 14. " " 1919...	28	193	4 975
" 15. " " 1919...	2	10	834
" 16. " " 1919...	2	15	495
" 17. " " 1919...	9	99	3 115
" 18. " " 1919...	6	34	844
" 20. 6. 23. " 1919...	4	15	422
Zusammen ..	769	12 867	286 776

Also mehr als die Hälfte, rund 52 pZt. der Arbeiter, kamen später als vereinbart in den Genuss des Lohnausgleichs. Und in 92 Lohnbezirken haben 520 Betriebe mit 13 728 Arbeitern nur einen teilweisen Ausgleich genährt. Dazu kommt außerdem, daß in 133 Lohnbezirken die Umrechnung später stattfand als die Einführung des Achtstundentages; ja, in vielen Fällen erst bei der diesjährigen Lohnbewegung mit erledigt wurde. Demgegenüber ist in 88 Lohnbezirken über den Ausgleich hinaus noch eine Lohn-erhöhung erzielt worden. Insgesamt kommen 2204 Betriebe mit 43 203 Arbeitern in Betracht; der durchschnittliche Mehrerwerb betrug für jeden Arbeiter M 4,37, insgesamt M 188 887 in der Woche. Diese Lohnsteigerung bestand allerdings bei über zwei Dritteln der Arbeiter aus einer früheren Bezugszahl der am 1. Januar 1919 fälligen Feuerzuzugulage und kleiner Abänderungen bei der Umrechnung. So erhielten beispielsweise die meisten Lohngebiete im Bezirk Dresden die Feuerzuzugulage vom 28. November an, und dadurch, daß diese Zulage bei der Umrechnung bereits mit hinzugezogen wurde, obendrein noch 2 bis 3 1/2 Prozent Erhöhung die Stunde. In andern großen Bezugsgebieten ist die Feuerzuzugulage sofort nach Ausbruch der Revolution oder von Mitte November an gezahlt worden.

In den Lohnbezirken, in denen der Achtstundentag zur Durchführung kam, betrug die wöchentliche Sommerarbeitszeit vorher:

unter 48 Std. in 103 Betrieben mit 770 Beschäftigten	48 " " 84 " " 2 031 "
über 48 bis 51 " " 68 " " 692 "	51 " " 2 235 " " 36 610 "
54 " " 57 " " 3 514 " " 78 254 "	57 " " 6 765 " " 165 128 "
über 60 " " 95 " " 3 291 "	

Die niedrigste Arbeitszeit in den Hauptgruppen (Maurer- und Betongeschäften) war in Dresden und Leipzig und deren Vororte mit 52 1/2 Stunden wöchentlich. Arbeitszeiten, die darunter liegen, hatten in 12 Lohnbezirken die Spezialarbeiter der Stukkateure, Fliesenleger, Polierer, Steinholzer, Tischler usw. und in 4 Lohnbezirken Maurer, die in Bergwerksbetrieben arbeiteten. Die Lohngebiete mit über sechsstündiger Arbeitszeit verteilten sich auf die Landesteile Ost- und Westpreußen, Pommern, Thüringische Staaten, Rheinland-Westfalen, Oldenburg, Württemberg und Südbahern.

Vergleiche mit früheren Statistiken lassen sich, insofern der anders gearteten Fragestellung, schwer ziehen. Nur soviel: Nach der Statistik vom Jahre 1910 hatten damals noch 6,85 pZt. der Arbeiter eine Arbeitszeit über 10 Stunden, 1918 waren es 1,15 pZt., dabei darf nicht vergessen werden, daß wir heute bis ins letzte Dorf der rückständigsten Gegenden Eingang haben; 9 1/2 und weniger Stunden arbeiteten 1910 erst 27,26 pZt., dagegen 1918 schon 41,27 pZt.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung des Achtstundentages kam 286 355 Kollegen zugute; insgesamt um 3 005 631 Stunden oder durchschnittlich für jeden Kollegen 10 1/2 Stunden in der Woche. Gemessen an der früheren Sommerarbeitszeit, trat eine Verkürzung ein: bis 3 Std. für 2 672 Pers. zusammen 8 391 Std. über 3 " 6 " 3 455 " " 19 725 " " 6 " 9 " 72 650 " " 573 794 " " 9 " 12 " 192 863 " " 2 194 553 " " über 12 " " 14 715 " " 214 168 "

Interessant ist nun noch die Beantwortung der Frage: Wieviel Stunden beträgt gegenwärtig die Wochenarbeitszeit? In 8006 Betrieben mit 192 325 Beschäftigten haben über die 48-Stunden-Woche, während in 125 Lohnbezirken, in denen 4981 Betriebe 94 451 Arbeiter beschäftigt hatten, die Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden beträgt. Es ist bekannt, daß an den Sonnabenden in vielen Orten früher Arbeitslohn ist, als an den übrigen Tagen. Nun kommt es darauf an, ob diese Verkürzung auf Kosten der andern Werkzeuge stattfindet oder nicht. Nach unserer Erhebung wird in 49 Lohnbezirken der Achtstundentag zugunsten der Kürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden überschritten, und zwar beträgt die Arbeitszeit in 9 Lohnbezirken 8 1/2 Stunden, in 34 Lohnbezirken 8 1/4, in 4 Lohnbezirken 8 1/8 und in 2 Lohnbezirken am Montag 7 und von Diens-

tag bis Freitag 9 Stunden. Diese Uebersteigerung des Achtstundentages verfließt gegen die Vereinbarung vom 15. November 1918 und gegen § 3 unseres Reichslohnvertrages. Wenn auch in der Verordnung des Demobilisationsamtes vom 23. November 1918, Ziffer 2, es für zulässig erklärt wird, daß die Stunden aus einer Verkürzung an den Sonnabenden auf die übrigen Werkzeuge umgelegt werden können, so ist das für und nicht maßgebend. Grundsätzlich müssen wir am Achtstundentag als Höchstgrenze festhalten.

Nebst dem: Das Verlangen nach früherem Arbeitslohn an den Vorabenden der Feiertage hat seine Gründe. Das Streben geht von dem Wunsche aus: Die Sonntagsruhe muß vollständig sein. Der im Jahre 1889 in Genf abgeschlossene internationale hygienische Kongreß sagt unter andern in seinen Beschlüssen über die Sonntagsruhe: „Dieser Tag muß wirklich der Wiederherstellung der verbrauchten Kraft gewidmet und deshalb Körper und Geist anders beschäftigt werden, als während der Arbeitstage, in reinerer Luft, reinerer Kleidung und Wohnung.“ Der Sonntag darf nicht „in inolentem, stumpfer Ruhe“ verbracht werden, er ist zur Pflege des Familienlebens und zur geistig-sittlichen Fortbildung in hohem Grade geeignet. Die Sonntagsruhe muß sich schon auf einen Teil des vorhergehenden Tages erstrecken, damit der Arbeiter Gelegenheit hat zur Körperreinigung und zur Erholung seiner sonstigen häuslich-wirtschaftlichen Arbeiten, so daß der Feiertag zu wirklicher Erholung verkommt und nicht fann. — Eine Ueberfrist, welchen Umfang die Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden bereits angenommen hat, zeigt folgende Zusammenfassung:

Wöchentliche Stundenzahl	Lohngebiete	Betriebe	Beschäftigte
44.....	12	630	13 682
45.....	1	1	73
46.....	20	661	13 226
47.....	11	635	13 139
48.....	11	341	6 341
49.....	6	848	15 858
50.....	1	12	310
51.....	28	653	17 043
52.....	34	1062	14 659
53.....	1	18	220
Zusammen...	125	4861	94 451

Also etwa ein Drittel der Beschäftigten hatte schon eine wöchentliche Arbeitszeit von unter 48 Stunden. Bei Kaufmann der Statistik waren noch nicht alle Lohnbewegungen beendet; hoffen wir, daß sich die Zahl der Lohngebiete mit unter 48 Stunden noch erhöht hat. Der freie Sonnabendnachmittag muß das nächste Ziel sein! Wie ist die Zeit! Was möchten wir allen denen zurufen, die wissend sind, diese Gabe in gutem Sinne zu gebrauchen. Zeit und immer wieder Zeit sollte ebendem dem Arbeiter, um sich mehr am öffentlichen und staatlichen Leben beteiligen zu können. Die Mitarbeit ist in Zukunft leichter gemacht, und tätige Mitarbeit in einer Sache erhöht das Interesse dafür und verwehrt die Kenntnislücke. Der griechische Weise Aristoteles sagte, die Sklaverei sei notwendig, damit sich die Freien den Staatsgeschäften widmen können. Mit den politischen Vorrechten hat die Revolution bei uns ja aufgehört. Die Benutzung der gegebenen freien Zeit ist aber nötig, wenn wir die erregene Verfassung des Volkes erhalten und in unserm Sinne ausbauen wollen. Und die höchste Freizeit wird es mit Hilfe eines besser ausgebauten Schulwesens ermöglichen. Kräfte zu gewinnen, um dem ganzen Verwaltungskörper neues Blut einzuführen. Die guten Folgen der Durchführung des Achtstundentages wird der Einzelmann sofort, das Ganze aber nach und nach, von Jahr zu Jahr mehr zu spüren bekommen in Gewerbe, Industrie und im ganzen Staatsleben; die gewonnene Ruhe wird einen wesentlichen Teil beitragen zu erhöhter, das ganze Gesellschaftsleben wieder befruchtender Bevölkerung.

R. Wernhard.

Notzfrei an die Bergarbeiter.

Es wird jetzt viel über die Notzfreiheit gesprochen und geschrieben und nach ihren Ursachen geforscht. Verurteilung und Unberufene „beweisen“ schließlich mit tiefsinnigen Betrachtungen und mit Hilfe des Einmaleins, daß an der Notzfreiheit die Bergarbeiter schuld sind. Ja, das ist die Notzfreiheit! Die können genügend Kohlen fördern und die Notzfreiheit vor dem Greifen bewahren, wenn sie nur wollen. Aber sie wollen nicht! Nein, sie wollen nicht! Das ist der Knackpunkt, der Überzeugungen werden muß. Und es verdammt sich irgendwo und irgendwem ein Kreis von Bergarbeitern, der seinen sogenannten Notzfrei an die Bergarbeiter beschließt und ihn gewöhnlich der „Bergarbeiter-Zeitung“ zur Veröffentlichung zuschickt. Auf diesem Wege soll den Bergarbeitern zu Gemüte geführt werden, wie unverzeihlich es sei, wenig zu arbeiten und hohe Löhne einzuziehen. Einen ganz besonderen Notzfrei leistet sich eine Frau Dr. Hartmann aus Hamburg. Sie bittet den Bergarbeiterverband nicht nur um Veröffentlichung ihres Vorkurses in der „Bergarbeiter-Zeitung“, sondern auch um augenfällige Plakatierung desselben an geeigneten Stellen. Frau Doktor meint also dem Bergarbeiterverband zu, für

Druck-, Papier- und sonstige Kosten aufzukommen. Selbstverständlich ist auch sie der Ansicht, daß der Umfang der Kohlenförderung nur vom Willen der Bergarbeiter abhängt. Die wahren Ursachen kennt sie nicht, ist auch zu bequem, sich über dieselben vorher zu unterrichten. Aber und allen andern Notzfreiabschickanten empfehlen wir zum Studium den Bericht einer Kommission der süddeutschen Städte, die sich kürzlich über die kohlenwirtschaftlichen Verhältnisse im Ruhrgebiet persönlich unterrichtete. Sie berichtet darüber:

„Verhandlungen mit den Arbeitervertretern, dem Kohlenfondat und den Besondereisen haben folgenden Einfluß gegeben: Gegen eine Förderung von 100 Millionen Tonnen Steinkohlen im Jahre 1912 beträgt die gegenwärtige Förderungsleistung nur etwa 70 Millionen Tonnen. Der Grund für diesen Rückgang liegt nicht in einer Abnahme der Arbeitsleistung des einzelnen Bergarbeiters. Die im folgenden geschilderten Umstände und Schwierigkeiten haben die Ertragsleistung der Arbeit, das Resultat der Arbeit herabgedrückt. Im Kriege sind vor allem die höheren Fänge abgebaut worden. Die maschinellen Einrichtungen sind trotzlos verbraucht. Vor allem fehlt es an Förderwagen, die in reparaturbedürftigem Zustand massenhaft herzustellen. Ein Förderwagen, der früher von einem Mann gehoben wurde, bedarf heute zwei bis drei Mann, um von der Stelle gebracht zu werden. Die Besondereisenarbeiten scheinen nicht mit dem nötigen Nachdruck zu arbeiten. Der Zentralschmelzwerk hat in seiner Nationalversammlungskongresse darauf hingewiesen, daß die Vermahlung und die Beamtung von Interesse an der Leistung seien. Vor allem aber sei die Ventilation unter Tage furchtbar schlecht wegen Nichtschaffens neuer Ventilationsmaschinen und deren Ersatzteile. Die Besondereisen seien in der siebenstündigen Arbeitszeit die Hauptschuld am Rückgang der Förderung. Die Bergarbeiter dagegen fordern unbedingt die sechsstündige Arbeitszeit, die drei Schichten erlaubt, während bei siebenstündiger Arbeitszeit nur zwei Schichten neben der einen Reparaturschicht möglich seien. Die sechsstündige Arbeitszeit erfordere ein Mehr von 120 000 Arbeitern im Ruhrgebiet. Die Arbeiter haben, daß ihre berechtigten Forderungen auf Lohnerhöhung nicht erfüllt würden (die Löhne unter Tage sind geringer, als die Löhne an der Oberfläche), nach Tarifverträgen, nach Verbesserung der Schichtverhältnisse und Urlaub. Auch die Christlichen und Christlich-Deutschen Gewerkschaften stehen hinter diesen Forderungen und halten ihre Erfüllung für unaufschiebbar, wenn es nicht zu einem Nierensteil, demgegenüber die heutige Lage ein Kinderpiel sei, kommen soll. Nicht auf Seiten der Arbeiter liege der böse Wille, sondern auf Seiten der Besondereisen. Besonders schlimm seien die Wohnungsverhältnisse. Das fast überall im Ruhrgebiet übliche Alfordgebäude sei nur ein sogenanntes Scheingebäude. Die Häuser fämen auf M 18, die Schleppe auf M 13 bis 14. Die Kranzgebäude seien unzureichend. Ein Mann mit drei Kindern bekomme als Kranzengelnd M 7,50 pro Tag. Während des Krieges wurde mit der Arbeiterschaft fürstlicher Aufwand getrieben. Im Frieden betrug die Zahl der Beschäftigten durchschnittlich 500, im Geschäftsjahre 337, im Kriege arbeiteten die Leute 16 Stunden. Statt 8 Stunden arbeiteten die Leute 16 Stunden. Daß hierdurch der Gesundheitszustand der Bergarbeiter gelitten hat, ist wohl selbstverständlich.“

Offenlich werden jetzt die Notzfrei an die Bergarbeiter unterdessen, denn sie haben viel mehr als sie mühen, weil sie in der gesamten Bergarbeiterchaft eine große Erwitterung hervorgerufen. Und diese ist so sehr bedenklich. Die Bergarbeiter tun ihre Pflicht in vollstem Maße. Das haben auch alle maßgebenden Stellen anerkannt. Wer den Bergarbeitern Arbeitslohn vorweist, sollte erst seine eigenen Leistungen gründlich untersuchen.

Einschränkung der Etagenbauten.

Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Wohnungswezens. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat am 11. September dieses Jahres an die Herren Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin nachstehendes Mandat geschrieben gerichtet:

Durch Artikel 155 der Reichsverfassung ist dem Staat die Aufgabe überlassen worden, einen Mißbrauch in der Ausnutzung des Bodens zu verhindern und den deutschen Familien insbesondere unterbreiten, einen ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnverhältnisse zu sichern.

Nur ist in Preußen am dem Gebiete des Baupolizeirechts namentlich in letzter Zeit schon Bedachtliches zur Verbesserung des Wohn- und Erholungswezens geschähen. Inwiefern das die Hochbauverordnungen in den Bauordnungen dieser Städte noch immer einen solchen Umfang, daß ernste Berücksichtigung für das Wohlbefinden der Zukunft nicht von der Hand zu weisen sind. Die stetige Umwandlung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse erleichtert ein Vorgehen auf dem Wege einer weiteren Einschränkung des Hochbaus für Wohnzwecke durch Bauordnungsverordnungen. Die gesetzliche Grundlage für ein solches Vorgehen bietet der § 1 des Artikels 4 des Wohnungsgesetzes. Er schreibt vor, daß durch Bauordnungen die Abnutzung der baulichen Ausstattungsarbeiten der Grundstücke geregelt werden kann.

In der Anlage zu dem mit dem 26. April dieses Jahres (St. 6, 108) herausgegebenen Entwurf zu einer Bauordnung hat der Herr Staatsminister für das Wohnungswesen bereits darauf hingewiesen, daß die meisten Bauordnungen noch eine zu große, durch die örtlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigte Höhe der Wohngebäude und eine zu weit-

Frei Harbach, geboren am 25. Dezember 1888, eingetret...

Nom 12. bis 18. Oktober haben folgende Vereine Geld...

an die Hauptkasse gesandt: Antkam A. 489,05, Wilsch 146,20...

Werder 1639,10, Wesselingen 679,55, Witter 436,70, Waren...

Der hiesige Stadterweiterungsausschuss hat am 10. Oktober...

Anzeigen.

Bremerhaven.

Unser Bezirksverein sucht zum 1. Januar 1920 einen...

Wir brauchen einen durchaus tüchtigen Kollegen, der...

Geschäftsführer gesucht.

Der Bezirksverein Stettin sucht einen zweiten Geschäfts...

Düneberg.

Alle in Düneberg in der Zeit vom 1. Oktober bis...

Münster i. W.

Unser Vereinsbureau befindet sich vom 20. Oktober an...

Herm. Schäfer und Johannes Trenk, no Next Str.?

Berlin 1. (Krankentafel)

Mittwoch, den 5. November, abends 7 Uhr...

Berlin 2. (Krankentafel) Dienstag, den 4. November...

Berlin 4. (Krankentafel) Sonntag, den 2. November...

Charlottenburg. (Krankentafel) Mittwoch, den 5. November...

Grafen. Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr...

Guben. Mittwoch, den 5. November, abends 6 Uhr...

Sterbetafel.

Angsburg. Am 11. Oktober starb unser Mitglied Ludwig Henge...